

Generalsekretärin Angela Merkel:

## Neue Steuererhöhung der Schröder-Regierung

**Zu der von der SPD geplanten stärkeren Belastung von Vermögen erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:**

Kanzler Schröder hat nun die Karten auf den Tisch gelegt. Die Erbschaftsteuer soll erhöht werden, obwohl die Schröder-Regierung bis vor kurzem noch das Gegenteil verkündet hat. Noch vor einem Jahr hat Rot-Grün in der Koalitionsvereinbarung erklärt, dass die Grenzen der Belastbarkeit bei Steuern und Abgaben erreicht seien. Die Steuerpflichtigen warten jedoch bis heute auf die ihnen versprochene Entlastung.

Statt dessen gibt es mit der Ökosteuer, der Neuregelung der 630-DM-Jobs und der „Scheinselbständigkeits-Regelung“ neue Belastungen für die Bürger und den Mittelstand. Die Abgabenquote ist unter der Schröder-Regierung in 1999 auf 43 Prozent gestiegen. Ein Ende ist nicht in Sicht.

### Die steuerliche Flickwerk-Politik

geht unvermindert weiter. Erst sollen Lebensversicherungen stärker besteuert werden, nun will die SPD via Europa an das Geld der Kleinsparer durch die Verschärfung der Zinserfassung. Dem Mittelstand sollen nun verstärkt die Betriebsprüfer auf den Hals geschickt werden.

Gerade der Mittelstand ist aber die tragende Säule für wirtschaftlichen Aufschwung sowie die Schaffung und den Erhalt von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Fortsetzung auf Seite 3

### HEUTE AKTUELL

#### ● Abschreibung

Massive Mehrbelastung für ost-deutschen Mittelstand. Seite 6

#### ● CDU NRW

...macht sich fit für die Regierungsübernahme. Bericht vom Landesparteitag. Seite 8

#### ● Verteidigung

Die Zukunft der Bundeswehr ist nebulöser als je zuvor. Seite 10

#### ● Welttag der Behinderten

Generalsekretärin Angela Merkel: Auch die Erwartungen behinderter Menschen wurden enttäuscht. Seite 14

#### ● Beschäftigung

Hermann Kues: Arbeitsmarktpolitik in der Sackgasse. Seite 17

#### ● Bundesfachausschuss

Unser Ziel: das beste Forschungssystem für unser Land. Seite 20

#### ● Europa

Pöttering fordert umfassende Reform der Europäischen Union. Seite 23

# Keine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt

**Zu den neuesten vorgelegten Arbeitsmarktdaten für den Monat November erklärte der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers:**

Für eine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt besteht in Nordrhein-Westfalen kein Anlass. Alle aktuellen Wirtschaftsdaten sprechen in Nordrhein-Westfalen dafür, dass ein Wirtschaftswachstum, das auf dem Arbeitsmarkt für eine dauerhafte Entlastung sorgt, nicht in Sicht ist.

So liegt Nordrhein-Westfalen mit einem Wirtschaftswachstum von nur 0,1 Prozent im ersten Halbjahr 1999 abgeschlagen auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Auch bei den Gewerbeanmeldungen ist keine Trendwende in Sicht. Im Gegenteil: Im Vergleich zum ersten Halbjahr 1998 ist die Zahl der Gewerbeanmeldungen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um

4,6 Prozent zurückgegangen und die Zahl der Gewerbeabmeldungen um neun Prozent gestiegen. Von einer Gründungswelle, die über Nordrhein-Westfalen schwappt, kann also keine Rede sein.

Nach einer Konjunkturumfrage der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern wollen mehr Betriebe im kommenden Jahr Stellen abbauen als zusätzliche Jobs schaffen. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt auch die Westdeutsche Handwerkskammer in ihrer aktuellen Wachstumsumfrage. Nach dieser Umfrage gehen nur 14 Prozent der befragten Handwerksunternehmen in Nordrhein-Westfalen von zusätzlichen Aufträgen in den kommenden Monaten aus. 30 Prozent dagegen befürchten, dass sich die Nachfragesituation weiter verschlechtern wird. Dies hat massive Auswirkungen auf die Arbeitsplätze.

## Noch keine Entspannung spürbar

**Zu den jüngsten Arbeitsmarktdaten erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages, Matthias Wissmann:**

Am Arbeitsmarkt ist auch im November 1999 noch keine Entspannung zu spüren. Mit 3,9 Mio. Personen ist die Zahl der Arbeitslosen weiterhin zu hoch. Wenn es saisonbereinigt zu Verringerungen kommt, so ist dies in erster Linie auf die demographisch bedingte Verminderung des Arbeitskräfteangebots zurückzuführen.

Die weiterhin schlechte Lage am Arbeitsmarkt hat ihre Ursachen hauptsächlich in der verfehlten Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung Schröder/Fischer.

So lange es der rot-grünen Regierung nicht gelingt, ihre Politik grundlegend zu ändern, wird es am Arbeitsmarkt keine nennenswerten Erfolge geben. Die Union hat ihre Bereitschaft hinlänglich deutlich gemacht, dass sie bei einer umfassenden Steuerreform, die die Bürger und Unternehmen hinreichend entlastet, konstruktiv mitarbeiten wird.

## Koalition hat klein beigegeben

**Die Regierungskoalition hat in der Plenardebatte über die Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses hinsichtlich dessen Zusammensetzung im letzten Moment klein beigegeben.**

Sie hatte offensichtlich erkannt, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die manipulative Begrenzung des Untersuchungsausschusses auf lediglich 11 Mitglieder nicht hinnehmen und den Gang nach Karlsruhe antreten würde. Sie korrigierte ihren eigenen insoweit rechtswidrigen Antrag auf Einsetzung des Untersuchungsausschusses mündlich in der Plenardebatte über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses.

**Andreas Schmidt** (Mülheim), Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss („Spendenausschuss“): Wir haben diesem parlamentarisch unüblichen Verfahren bei der Beratung des Koalitionsantrages zugestimmt, weil wir eine unver-

zügliche Arbeitsaufnahme des Untersuchungsausschusses immer gefordert haben und wollen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat für den Untersuchungsausschuss folgende Mitglieder benannt:

### Ordentliche Mitglieder:

Hans-Peter Friedrich (Hof) MdB  
Eckart von Klaeden MdB  
Dietmar Schlee MdB  
Andreas Schmidt (Mülheim) MdB  
Andrea Vosshoff MdB

### Stellvertretende Mitglieder:

Wolfgang Bötsch MdB  
Wolfgang Bosbach MdB  
Thomas Kossendey MdB  
Dorothea Störr-Ritter MdB  
Edeltraut Töpfer MdB

Hans-Peter Friedrich (Hof) MdB soll das Amt des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden übernehmen, Obmann ist Andreas Schmidt (Mülheim) MdB.

### Fortsetzung von Seite 1

Die Begründung, man wolle die großen Vermögen stärker belasten, soll nur die Tatsache verschleiern, dass die Schröder-Regierung mit der Erhöhung der Erbschaftsteuer den Bürgern noch tiefer in die Tasche greifen will.

### Wir brauchen eine durchgreifende Steuerreform

Die CDU wird den Weg steigender Steuern und Abgaben zulasten der Bürger, des Mittelstandes und der Unternehmen nicht mitgehen. Wir setzen uns ein für eine unverändert notwendige, durchgreifende Steuerreform, die die Bürger und Unternehmen in Deutschland deutlich entlastet.

## Also doch Steuererhöhung

**Zu den Plänen der SPD, die Erbschaftsteuer über eine Neubewertung des Grundbesitzes deutlich zu erhöhen, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:**

Also doch: Wieder einmal beweist die SPD unter der Führung von Gerhard Schröder, dass sie noch immer virtuos ihr altes Spiel beherrscht, den Bürgerinnen und Bürgern mit der linken Hand das zu nehmen, was sie scheinbar mit der rechten Hand gibt.

Die Neubewertung des Grundbesitzes im Rahmen der Erbschaftsteuer ist nichts anderes als eine massive Steuererhöhung, die den Generationenübergang von Vermögen nicht nur für private Hausbesitzer, sondern auch für Betriebsinhaber erheblich belastet.

Klar ist, dass es keine Notwendigkeit für eine Neubewertung von Grundvermögen gibt:

Bereits durch das Jahressteuergesetz 1997, mit dem das Erbschaftsteuerrecht reformiert wurde, ist die Bewertung des Grundvermögens auf eine verfassungsmäßig tragfähige Grundlage gestellt worden. Bei dem damaligen Übergang auf das Ertragswertverfahren gab es gute Gründe für die unterschiedliche Bewertung zwischen Kapital- und Grundvermögen. Anders als Grundvermögen ist Kapitalvermögen zum Nominalwert am Markt problemlos zu verwerten und nicht mit besonderen wertmindernden Einschränkungen im Verkaufsfall, die sich aus dem Steuerrecht (z.B. Grunderwerbsteuer), dem bürgerlichen Recht (z.B. Mietrecht) und dem öffentlichen Recht (z.B. Baurecht) belastet. Die damals geschaffene Differenzierung bei der Bewertung zwischen Kapital- und Grundvermögen ist geboten und bleibt auch für die Zukunft sachlich gerechtfertigt.

### **Ein neuer Anschlag auf die umworbene „neue Mitte“**

Um sich die Taschen mit dem Geld der Bürger zu füllen, und um die Altlinken auf den SPD-Parteitag zu beruhigen, will der Bundeskanzler und Parteivorsitzende diese sachgerechte Differenzierung kurzerhand über Bord werfen. Er startet damit einen neuen Anschlag auf die von ihm so umworbene „neue Mitte“. Gleichzeitig wird damit die Steuerlüge der SPD von Tag zu Tag sichtbarer.

Für die Steuerpolitik der SPD gilt: in einem Monat von Steuersenkungen zu re-

den, im nächsten Monat die Steuer vermeintlich getarnt zu erhöhen.

## **Steine in den Weg geworfen**

**Zu den von der SPD-Fraktion bekräftigten Plänen zur Erhöhung der Erbschaftsteuer erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:**

Wieder einmal ist die mittelständische Wirtschaft das Opfer sozialdemokratischer Ideologie. 500.000 Handwerks-, Dienstleistungs- und Einzelhandelsbetriebe stehen in den nächsten Jahren vor dem Generationswechsel in der Unternehmensführung. Ihnen werden in eklatanter Weise Steine in den Weg geworfen.

Schon heute ist abzusehen, dass das Angebot an Unternehmen größer sein wird als die Nachfrage von Unternehmern. Denn immer häufiger entscheiden sich die eigenen Nachkommen gegen die Übernahme des elterlichen Betriebes. Der ständig wachsende Druck, dem sich unsere mittelständische Wirtschaft durch verschlechterte wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und harten Wettbewerb ausgesetzt sieht, macht die Unternehmensnachfolge für Außenstehende nicht gerade attraktiver.

Vorausschauendes und kluges Gegensteuern wäre jetzt nötig, um Unternehmensnachfolgen und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern. Stattdessen wird nach Wegen gesucht, die innerparteilichen Entfacher einer perfiden Neiddiskussion zu befriedigen. Die jetzt geplante Höherbewertung von Grundstücken und Gebäuden wird die Betriebe voll treffen, deren Sicherheit bei schwierigen Geschäftsphasen ihr Eigentum an Immobilien ist.

Nach dem 630-Mark-Gesetz, den Scheinselbstständigkeitsregelungen, der Öko-Steuer-

## SPD wird ihrer Verantwortung nicht gerecht

**Anlässlich des SPD-Parteitages erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:**

Die SPD bewegt sich auf gefährlichem Kurs. Statt einer Korrektur der falschen politischen Richtung gibt es nur ein trotziges „Weiter so“.

Schröder lässt jegliche Konzepte für die wichtigsten Reformvorhaben vermissen: Kein Wort zu einer echten und fairen Rentenreform, kein Wort zu einer durchgreifenden Steuerentlastung, kein Wort zu einer verlässlichen Gesundheitspolitik, das zeigt eine erschreckende Perspektivlosigkeit.

Statt dessen versucht es Schröder erneut einmal mit einer Kehrtwende, um die Traditionalisten in der SPD ruhig zu halten. Die alten Ideen Lafontaines werden aus der Mottenkiste geholt und die Neiddebatten in Deutschland wiederbelebt. Die Wirtschaftspolitik lebt vorrangig vom Populismus.

Das Signal, welches von der Rede von Gerhard Schröder ausgeht, ist deutlich rückwärtsgewandt. Die SPD hat sich noch nicht von dem ideologischen Ballast der Oppositionszeit verabschiedet. Sie wird ihrer Verantwortung nicht gerecht.

er und dem verkorksten Steuer“entlastungs“gesetz sollte die Regierung endlich zur Einsicht kommen. Es geht nicht darum, sozialdemokratische Befindlichkeiten zu befriedigen, sondern die Wirtschaft zu stärken.

## Neuer Anschlag auf den Mittelstand

**Zu den Plänen der SPD, die Vererbung großer Grundvermögen stärker zu besteuern, erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:**

Wie nicht anders erwartet, hat sich der Bundeskanzler der Neidkampagne des linken Parteiflügels gebeugt und zu ihrer ideologischen Befriedigung einer höheren Besteuerung großer Grundvermögen zugestimmt.

Nach der Verdoppelung der Besteuerung bei der Veräußerung von Unternehmen trifft diese neue Steuer den Mittelstand an seiner Existenzgrundlage. Die Weiter-

führung eines Betriebes nach dem Erbfall wird in Zukunft immer schwerer möglich sein, da die damit verbundenen Kosten wegen der schwachen Eigenkapitaldecke nicht mehr aufzubringen sind.

Betriebsaufgabe und Arbeitslosigkeit der Beschäftigten sind die unvermeidliche Konsequenz. Eine Beschränkung der Erbschaftssteuer „nur“ auf private Vermögen ist nicht machbar, da 85 % der deutschen Unternehmen Einzelunternehmen oder Personengesellschaften sind. Die Werkstatt des Schreinermeisters im Erdgeschoss und die Wohnung im 1.Stock kann man gar nicht trennen.

Trotz dieser weitgehenden Belastungsmaßnahmen zeigt sich die SPD-Linke immer noch unzufrieden. Es bleibt daher zu befürchten, dass dies erst der Anfang eines Belastungs-marathons ist.

Diese Bundesregierung will nicht einsehen, dass man Leistung fördern muss, wenn man Arbeitsplätze schaffen will und nicht dem Mittelständler seine Existenzgrundlage entziehen darf, der als Einziger diese Arbeitsplätze schaffen kann. ■

## Massive Mehrbelastung für ostdeutschen Mittelstand

**Pläne des Bundesfinanzministers Eichel, die Fristen für die Abschreibung von beweglichen Wirtschaftsgütern drastisch zu verlängern und damit die Belastungen für die Unternehmen zu erhöhen, hat der Neubrandenburger Bundestagsabgeordnete Paul Krüger scharf kritisiert.**

Durch die geplante Erhöhung der Abschreibungszeiten von jeglichen Produktionsausrüstungen und Anlagen würden die Unternehmen steuerlich massiv belastet. So soll z.B. die Nutzungsdauer von unterschiedlichen Handwerksmaschinen etwa verdoppelt werden, d.h. der Unternehmer kann zukünftig die Abnutzung der Maschinen nur über 20 Jahre (bisher 10 Jahre) steuerlich geltend machen. Computer sollen zukünftig erst in 6 Jahren abgeschrieben werden, obwohl schon die derzeitige 4-Jahresfrist eigentlich zu lang sei.

Die Verlängerung der Fristen seien angesichts der rasanten technischen Entwicklung und des internationalen Konkurrenzdrucks völlig realitätsfremd und

unternehmerfeindlich, so Krüger. Durch die geplante Neuregelung hätten die deutschen Unternehmen die schlechtesten Abschreibungsmöglichkeiten aller Industrieländer und würden mit insgesamt mehreren Mrd. DM zusätzlich belastet werden. Krüger, der auch Vorsitzender des Bundestagsausschusses für die Angelegenheiten der neuen Länder ist, wies darauf hin, dass diese Neuregelung die ostdeutschen Unternehmer besonders hart treffen werde.

Diese hätten einen wesentlich höheren Anteil an Sachanlagen und einen wesentlich höheren Investitionsbedarf. Große Unternehmen könnten durch entsprechendes Kapital die Mehrbelastung eher verkraften.

Der hauptsächlich mittelständischen ostdeutschen Wirtschaft aber, die ohnehin nur über eine sehr geringe Eigenkapitalsbasis und Liquiditätsdecke verfügt, entzieht eine solche Politik weitere Liquidität und wird zwangsläufig weitere Unternehmen in den Konkurs treiben.

www.cduscu.bundestag.de

## DGB wählt Ingrid Sehrbrock in den Bundesvorstand

**Das CDA-Mitglied Ingrid Sehrbrock soll künftig im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand für Bildungs-, Jugend- und Beamtenpolitik zuständig sein.**

Dazu wählte sie der DGB-Bundesausschuss in Berlin. Die CDU-Politikerin übernimmt damit die Aufgaben ihrer Vorgängerin Regina Görner, die seit Oktober Sozialministerin im Saarland ist.

Die 51jährige Ingrid Sehrbrock ist seit 1987 stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA und derzeit Sozialreferentin an den deutschen Botschaften in Prag und Bratislava.

Seit 1987 CDU-Mitglied war Sehrbrock von 1989 bis 1994 Bundesgeschäftsführerin der Frauen Union und Abteilungsleiterin für Familienpolitik in der Bundes-CDU.

## STEUERN

## Futter für die Linken

Schlecht getrickst, Herr Schröder. Nach dem jüngsten Fünf-Punkte-Plan könnte man fast glauben, dass auch das Herz des SPD-Parteivorsitzenden links schlägt. Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache, sagt der Chef. Und die vermutet er vor allem bei Immobilienerben und Anlegern. Beide sollen künftig noch mehr als bisher mit dem Fiskus teilen. Schröder hoffte, damit rechtzeitig vor dem Parteitag die linken Genossen zu versöhnen, die mehr soziale Gerechtigkeit in der Regierungspolitik fordern. Doch ob nun gerade die Neubewertung von Häusern und Grundstücken die vermeintliche Gerechtigkeitslücke im Lande schließt, ist fraglich.

### Tagesspiegel

## ARBEITSMARKT

## Mit allen Tricks

Arbeitsminister Walter Riester scheint über Nacht zum Optimisten geworden zu sein. Noch vor wenigen Wochen war er fest davon überzeugt, dass die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Jahr trotz aller demographischen Entlastung lediglich um 140.000 zurückgehen wird. Nun verkündet er fröhlich, ein Mi-

nus von 300.000 sei durchaus realistisch.

Neue Wirtschaftsdaten, die Riesters plötzliche Meinungsänderung rechtfertigen, gibt es nicht. So liegt der Verdacht nahe, dass Riester die Haushaltspläne in Nürnberg bewusst getäuscht hat. Mögliche Beweggründe sind offensichtlich: Riesters Schwarzmalerei war die Basis dafür, die ohnehin überzogene aktive Arbeitsmarktpolitik der Behörde weiter auszuweiten. **Die Welt**

## GESUNDHEITSREFORM

### Der Torso

Mediziner wissen, dass man einen Torso nicht wieder beleben kann. Bis zu den Gesundheitspolitikern der rot-grünen Koalition hat sich diese Erkenntnis noch nicht herumgesprochen. Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer hält störrisch an einer Reform des Gesundheitswesens fest, die kaum jemand mitträgt: weder die Heilberufe noch die Patienten, nicht die Opposition und auch nur Teile der SPD.

### Frankfurter Allgemeine

## BEHINDERTE

### Gute Worte

Auch im Bundestag in Berlin gab es von allen Parteien deutliche Signale für einen Kurswechsel in der Behindertenpolitik: Nicht

mehr als Objekten der Betreuung wolle man den Behinderten entgegenreten, sondern als gleichberechtigten Bürgern. Das sind gute Worte, doch schon ein Blick in die Beschäftigungsstatistik zeigt, dass es an guten Taten mangelt. Nur wenige Betriebe stellen Menschen mit körperlichen oder geistigen Handikaps ein. Nur ein Bruchteil der behinderten Kinder darf herkömmliche Schulen besuchen. Da müssen Genies wie der gelähmte Physiker Steven Hawkin zwangsläufig die große Ausnahme bleiben.

### Hannoversche

### Allgemeine

## HOLZMANN

### Prinzipienreiter

Arbeiter machen gegen ihre Interessenvertreter mobil und umgekehrt. So etwas hat Seltenheitswert. Weil die Holzmann-Belegschaft aus freien Stücken auf Lohn zur Rettung ihrer Firma verzichten will, schlägt die Bauergewerkschaft Krach. Wie so oft in Deutschland, geht es nur ums Prinzip – um das Wahre von Besitzstandsrechten um jeden Preis. Statt sich zu freuen, dass Tausende von Holzmännern und ihre Familien weiter Arbeit haben, verteidigen die Gewerkschafter mit fast religiösem Eifer ihre Tarifrechte. **Express**

# NRW-CDU macht sich fit für die Regierungsübernahme

Die NRW-CDU hat sich auf ihrem 18. Landesparteitag inhaltlich fit gemacht für die anstehende Landtagswahl am 14. Mai 2000. Mit ihren Beschlüssen zu den vier Themenschwerpunkten „Arbeit für alle, Bildungschancen für alle, Kinder- und Familienpolitik sowie Innere Sicherheit“ hat sie die Weichen für die Regierungsübernahme im nächsten Jahr gestellt. Dabei beschränkt die NRW-CDU auch bei ihrem Parteitag ganz neue Wege. Erstmals fand vom 29. November bis zum 4. Dezember ein einwöchiger Parteitag an fünf unterschiedlichen Orten in Nordrhein-Westfalen statt.

In seiner viel bejubelten und kämpferischen Rede stimmte der CDU-Landesvorsitzende, Jürgen Rüttgers, die 671 Parteitagsdelegierten in der Kraftzentrale des ehemaligen Meidricher Hüttenwerkes in Duisburg auf die Landtagswahl ein. „Im September haben wir die roten Rathäuser gestürmt, im Mai stürmen wir die Düsseldorfer Staatskanzlei“, rief der CDU-Landeschef unter großem Jubel den Parteitagsdelegierten zu. Der 14. Mai 2000 sei der Tag, „vor dem die Genossen zittern und auf den wir uns freuen. 34 Jahre SPD-Herrschaft sind genug. Die SPD ist ablösungsreif.“ Weil die rot-grüne Bundesregierung versage, brauche Nordrhein-Westfalen jetzt eine neue starke Landesregierung, sagte Jürgen Rüttgers.

Die neue CDU im Westen habe Entscheidendes geändert. „Wir machen eine Politik, die von zwei Leitsätzen geprägt ist: Nah bei den Menschen und ran an die Wirklichkeit. Wir arbeiten nicht gegeneinander, sondern arbeiten zusammen. Und wir tun, was wir sagen“, faßte der CDU-Landesvor-

sitzende die Arbeit der CDU in diesem für sie sehr erfolgreichen Jahr zusammen. Dagegen stehe man fassungslos davor, „was die Schröder-Truppe in Berlin in nur einem Jahr so alles angerichtet hat.“ Alles was die Schröder-Regierung auch anpacke, sei unfair und ungerecht. Als Beispiele dafür nannte Jürgen Rüttgers das 630-Mark-Gesetz, die Rentenkürzung, die Gesundheitsreform und die Ökosteuer, durch die nicht nur „die Pendler, die Gastwirte, die Bauern und viele andere mehr abgezockt“ würden, sondern durch die auch Tausende von Arbeitsplätzen im Braunkohlebereich gefähr-

## Jürgen Rüttgers: Im Mai stürmen wir die Düsseldorfer Staatskanzlei.

det seien. In diesem Zusammenhang ging der Landesvorsitzende hart mit Ministerpräsident Clement ins Gericht. „Seit neun Jahren ist er Minister in NRW. Seit neun Jahren versucht er sich als Modernisierer. Eine Zeit lang waren die Menschen über- rascht, mancher Unternehmer begeistert. Aber der Lack ist ab“. Man müsse Clement nur an seinen Ergebnissen messen. Beispiel Verschuldung, da preise Clement das Berliner Sparpaket von 30 Mrd. DM an. In Nordrhein-Westfalen aber habe die Verschuldung innerhalb der letzten vier Jahre sich um 31 Mrd. DM erhöht. Beispiel Wirtschaftswachstum, „da liegt Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 1999 auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Auch bei den öffentlichen Investitionen liegt Nordrhein-Westfalen weit hinten“. Und beim Thema Arbeitsplätze rede Clement vom Aufschwung, verschiebe aber das Job-

wunder auf das Jahr 2009, weil er vertuschen wolle, „dass er bei den Arbeitsplätzen versagt.“

Die CDU werde das ändern, kündigte Jürgen Rüttgers an. „Wir machen keine Politik für die neue Mitte, sondern für diejenigen, die arbeiten, die Steuern zahlen, die anderen helfen und die Regeln einhalten“. Die vier Themenschwerpunkte, die die CDU auf ihrem Landesparteitag diskutiere, seien deshalb der Kern eines großen Projektes. „Dieses Projekt ist ein Vertrag. Wir bieten den Menschen hier im Westen einen Vertrag an, einen Vertrag für unser Nordrhein-Westfalen“, kündigte Jürgen Rüttgers auf dem Landesparteitag an. Die wesentlichen Bestandteile dieses Vertrages seien „Arbeitsplätze für alle, die Schulen in Ordnung bringen, eine kinderfreundliche Gesellschaft sowie tatsächliche innere Sicherheit.“ Dazu treffe die NRW-CDU auf ihrem Parteitag Richtungsentscheidungen, „die dann Grundlage für unser Wahlprogramm werden.“ Die Vision einer freiheitlichen und fairen Gesellschaft, die Menschen neue Lebenschancen eröffne, das sei ein Ziel, für das sich alle Anstrengung lohne, so Jürgen Rüttgers weiter. „Wenn es uns gelingt, die politische Mitte zu sammeln und in Balance zu halten, wenn wir es schaffen, die gemeinsame Werteskala des 21. Jahrhunderts zu entwerfen und die Bindekräfte der Gesellschaft neu zu beleben, dann werden wir dem Land neue Chancen geben. Das ist die große Aufgabe der neuen CDU im Westen,“ gab der CDU-Landesvorsitzende als Marschrichtung für die nächsten Monate bis zur Landtagswahl vor.

### Neuausrichtung unserer Politik

In seiner Einführungsrede zu den Antragsberatungen griff der Generalsekretär der NRW-CDU, Herbert Reul, noch einmal den Sinn und Zweck des einwöchigen Parteitages auf. „Bei unserem Reiseparteitag quer durchs Land ging es um nichts gerin-



Nah bei den Menschen und ran an die Wirklichkeit

geres als eine Neuausrichtung unserer Politik.“ Die NRW-CDU habe es sich mit ihrer Neupositionierung zentraler Inhalte für die Zeit nach dem 14. Mai 2000 nicht leicht gemacht. „Vor Monaten haben wir im Landesvorstand die Diskussionspapiere verabschie-

det.“ Die Partei habe darüber intensiv diskutiert. In der Parteitagswoche habe man in den vier Workshops mit rund 700 Teilnehmern in Dortmund, Köln, Münster und Düsseldorf die politischen Schwerpunkte diskutiert. Dabei seien neben den Parteitagsdelegierten viele Mitglieder der Basis und Experten von den Polizeigewerkschaften, Lehrern- und Elternverbänden, Familienorganisationen sowie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zu Wort gekommen, resümierte der Generalsekretär. Das Ergebnis dieser Beratungen liege nun auf dem Tisch. „640 Änderungsanträge liegen dem Parteitag zur Beratung vor.“

### Clement ungeeignet

In seinem Bericht zur Arbeit der Landtagsfraktion greift der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Laurenz Meyer, Clement an. „Clement der Manager hat als Unternehmenschef schon längst verloren. Immer mit dem Kopf durch die Wand, auch gegen die Menschen ohne Rücksicht auf ihre tatsächlichen Bedürfnisse, so stellt sich der Chef einer NRW-AG dar. Aber, ein Unternehmen, das so geführt würde, würde innerhalb kürzester Zeit ruiniert.“ Als zweiter Mann der Unternehmensleitung wäre Clement evtl. noch akzeptabel, „als Chef aber ungeeignet“.

Paul Breuer:

## Die Zukunft der Bundeswehr ist nebulöser als je zuvor

**Die Rede des Bundeskanzlers im Rahmen der Kommandeurtagung hat den tiefen Riss zwischen Schröder und Scharping deutlich gemacht. Schröder hat seinen Verteidigungsminister abgewatscht, und dieser konnte außer Willenserklärungen keine glaubhafte Zukunftsperspektive für die Bundeswehr entwerfen.**

Während der Bundeskanzler von Einsparungen redet, verlangt Scharping mehr Geld für Zukunftsinvestitionen. Schröder spricht von „Nachbesserungsbedarf“ bei den Investitionen, sagt aber nicht wie und wie viel. Er spricht von Einsparpotentialen und „Outsourcing“ als Sparbeitrag der Bundeswehr für den Gesamthaushalt, während Scharping bei „Outsourcing“ und Straffung von Führungsstrukturen zusätzliche Finanzspielräume für Investitionen meint. Dieser Zwiespalt ist den Kommandeuren der Bundeswehr und der Öffentlichkeit deutlich geworden. Die Soldaten der Bundeswehr wurden durch den Bundeskanzler einmal mehr im Unsicheren zurück gelassen.

Die Zukunft der Bundeswehr ist nebulöser als je zuvor. Generalinspekteur von Kirchbach hat Recht: Das letzte Jahr war ein „verlorenes Jahr“ für die Bundeswehr. Der amerikanische Verteidigungsminister Cohen nahm dabei kein Blatt vor den Mund. Seine Rede ist eine peinliche Mahnung für Rot-Grün, die deutsche Verantwortung für eine europäische Führungsrolle innerhalb der NATO glaubwürdig zu übernehmen. Dessen Auftritt auf Bitten des deutschen Verteidigungsministers ist allerdings auch ein verzweifelter Akt Scharpings, den

amerikanischen Verteidigungsminister als „großen Bruder“ in der rot-grünen Prügel-szene für sich zu vereinnahmen.

Wir fordern Rot-Grün auf, bei der Bundeswehrplanung eine Technologieoffensive für strategische Aufklärung, Lufttransport, Präzisionswaffen und -munition, Luftbetankung und Kommunikation finanzierbar zu machen. Damit wird ein Beitrag geleistet für einen Ausgleich der Technologielücke in der NATO zwischen Europa und den USA. Nur so geben wir der Bundeswehr eine Zukunft, die unserer gewachsenen Rolle in Europa und in der NATO gerecht wird.

### Helmut Rauber: Verteidigungshaushalt wird zum Steinbruch

**Wenn die Bundeswehr bis zum Jahre 2003 18,6 Mrd. DM sparen soll, wie die Regierungskoalition dies fordert, wird der Verteidigungshaushalt zum Steinbruch.**

Sie von der SPD und den Grünen beklagen sich heute über das, was Sie früher selbst eingefordert haben. Die Politik Helmut Kohls hat es möglich gemacht, dass die Bundeswehr einschließlich NVA von 680.000 auf 340.000 Mann reduziert wurde. Zu dieser Politik stehen wir. Es gibt kein Ressort, das auch nur annähernd einen solchen Sparbeitrag geleistet hat wie der Verteidigungshaushalt. Die Regierung wollte den Verteidigungshaushalt von 47 Mrd. DM in diesem Jahr auf 50 Mrd. DM im Jahr 2000 erhöhen, und genau diese 50 Mrd. DM fordern wir jetzt.

Dies ist der Mindestbetrag, den die Bundeswehr selbst benötigt. Es ist unstrittig, dass es in der Bundeswehr Defizite in den verschiedensten Bereichen gibt, u.a. im Bereich der strategischen, der operativen Aufklärung, im Bereich der Mobilität, der Interoperabilität.

Wenn wir noch zusätzlich das realisieren wollen, was z.B. die Bundesakademie für Sicherheitspolitik im September diesen Jahres unter dem Titel „Revolution in Military Affairs“ diskutiert hat, dann wird erst recht klar, dass die Bundeswehr nicht weniger, sondern deutlich mehr Mittel braucht. Es geht darum, durch Hochtechnologie Überlegenheit und damit Abschreckungswirkung zu erreichen. Es geht darum, eigene Verluste zu vermeiden, bzw. zu minimieren, Kollateralschäden zu begrenzen, das Gefecht aus sicheren Abständen mit Präzisionswaffen zu führen und durch einen massiven Einsatz von Sensoren und Computern bei den Aufklärungs-, Informations- und Kommunikationssystemen die gewünschte Überlegenheit herzustellen.

Dies muss im Finanzetat berücksichtigt werden. Die Bundeswehr steht vor großen Weichenstellungen. Wir sind dann zu einer Zusammenarbeit bereit, wenn sie sinnvoll ist. Momentan sehen wir die Grundlage dazu nicht gegeben.

## Hans Raidel: Soldaten zusätzlich verunsichert

**Bundeskanzler Schröder hat mit seiner Rede bei der Kommandeurtagung die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr zusätzlich verunsichert.**

Einerseits erkennt er an, dass die Bundeswehr mit dem Einsatz auf dem Balkan an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angekommen ist. Andererseits verlangt er von der Bundeswehr erneut einen gewalti-

gen Sparbeitrag, den diese jedoch schon in den vergangenen Jahren erbracht hat.

Die jetzige mittelfristige Finanzplanung für die Bundeswehr steht dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung diametral entgegen. Sie beschädigt die außenpolitische Handlungsfähigkeit unseres Landes. Die Schere zwischen dem Bundeswehrauftrag und den Finanzmitteln klappt in unverantwortlicher Weise auseinander.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist eine Frage der bündnispolitischen Verlässlichkeit. Die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der Welt wird untergraben, wenn unser Land als zentrale Mittelmacht in Europa und bevölkerungsstärkstes Mitgliedsland in der Europäischen Union und der WEU im Jahr 2000 mit einem Anteil von 1,1 Prozent des Verteidigungshaushaltes am Bruttosozialprodukt das Schlusslicht innerhalb der NATO bildet.

## Kurt J. Rossmanith: Zum Konsens zurückkehren

**Wenn alle zwei Jahre annähernd 500 Kommandeure zu ihrer Tagung zusammenkommen, dann erwarten sie mit Recht, dass der Bundeskanzler dieser Republik – wenn schon der Titel der Tagung „Bilanz und Perspektive“ lautet – einiges zu den Perspektiven sagt.**

Dass er sich also nicht nur in Allgemeinplätzen verliert. Aber nicht anders war seine Rede auf der Tagung der Kommandeure in Hamburg. Die leere Regierungsbank ist ein deutliches Zeichen dafür, wie einsam inzwischen die Hardthöhe, sprich Minister Scharping und ein Stellvertreter Walter Kolbow dastehen – und wie wenig die Regierung sich für unsere sicherheitspolitische Zukunft interessiert.

Es verwundert, dass uns plötzlich von den Grünen vorgeworfen wird, wir hätten zu wenig für die Verteidigungslasten ausge-

## Ja zu Länderbürgschaften für Transrapid

**Anlässlich der Berichte über die Verschiebung der Grundsatzentscheidung zum Bau der umstrittenen Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin nach dem Vorstoß Hessens, die Finanzierung durch Länderbürgschaften abzusichern, erklärte die Berichtserstatterin für Verkehrsforschung im Bundestagsausschuss für Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:**

Das Gezerre um den Bau der Transrapid-Referenzstrecke Hamburg-Berlin wird langsam unerträglich. Dennoch ist die Verschiebung der Grundsatzentscheidung auf das nächste Jahr zu begrüßen, weil nun Zeit bleibt, den Vorschlag des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, den Bau der Anwendungsstrecke durch Länderbürgschaften zu retten, ernsthaft zu prüfen.

### Endlich umsetzen

Das Spitzengespräch zwischen Vertretern von Bund, Ländern, Bahn AG

und Transrapid-Industrie muss ein Erfolg werden, damit wir unseren Forschungs- und Entwicklungsvorsprung in der umweltfreundlichen Magnetschwebbahntechnologie endlich in Marktchancen umsetzen können. Exporterfolge zum Beispiel nach China gibt es nur, wenn wir ohne Wenn und Aber zu unserem High-tech-Projekt stehen. In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag des Ifo-Instituts interessant, für den Transrapid als öffentliches Gut nicht nur eine betriebswirtschaftliche, sondern eine volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung anzustellen.

### Zug in die Zukunft

Wir wollen kein Milliardengrab für den Transrapid. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Zug in die Zukunft endlich entschlossen in Bewegung zu setzen und unsere Chancen im globalen Wettbewerb nicht länger aufs Spiel zu setzen.

geben. Wir hätten gerne mehr ausgegeben, Kanzler Kohl hatte 1997 natürlich recht, als er vor den Kommandeuren gesagt hat: Wir haben dies nicht gern getan, aber wir mussten auf Grund der Lasten, die uns durch die Überwindung der Teilung und durch die Hinterlassenschaften der Kommunisten in der ehemaligen DDR aufgebürdet worden sind, sparen.

Nur damals waren Verteidigungsausgaben über 50 Mrd. DM geplant, und wir haben unseren Soldaten eine Perspektive aufgezeigt. Dies ist jetzt nicht der Fall. Der permanente wiederholte Verweis auf die Wehrstrukturkommission ersetzt nicht das von einer Regierung und dem Parlament zu

Recht geforderte politische Handeln. Gerade in der Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik haben wir schon damals in der Opposition und während unserer Regierungszeit von 1982 bis 1998 immer darauf geachtet, dass zumindest in den Grundsätzen ein Konsens herbeigeführt wurde.

Diesen Konsens hat die Regierungskoalition in der Zwischenzeit bedauerlicherweise verlassen. Ich fordere sie deshalb im Interesse unserer Sicherheit, in Verantwortung für unsere Soldaten, aber auch aus Verantwortung für die Bürger in diesem Land, im nordatlantischen Bündnis und in Europa auf, zu diesem Konsens zurückzukehren.

# Anhörung zur Generationenbilanz

**Die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieper-Jastram, und die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, erklärten anlässlich der Expertenanhörung zur Generationenbilanz am 29. November:**

Die Anhörung von Vertretern von Bund (Deutsche Bundesbank), Land (Freistaat Sachsen) und Wissenschaft (ifo-Institut, Universität Freiburg) hat eindeutig ergeben:

Auch in Deutschland sollte eine Generationenbilanz eingeführt werden. Mit Hilfe einer Generationenbilanz können die zukünftigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Belastungen jeder Generation ermittelt und miteinander verglichen werden. Die Generationenbilanz kann so Grundlage für Entscheidungen der Politik sein, die zu einer verbesserten intergenerationellen Gerechtigkeit beitragen. Die Bilanz fördert das Bewusstsein für die Verantwortung gegenwärtiger und zukünftiger Generationen und stärkt den Zusammenhalt der Generationen untereinander. Auf diese Weise kann auch das Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen deutlich gestärkt werden.

Die Generationenbilanz ist ein ganzheitliches Konzept, das die zeitliche Entwicklung der fiskalischen Lasten ermittelt und somit die Auswirkungen neuer finanz- und sozialpolitischer Entscheidungen transparent werden lässt. Die Erstellung einer Generationenbilanz wird bereits in einigen Ländern erfolgreich durchgeführt und zeigt die finanziellen Belastungen aus der Steuer- und Sozialpolitik für die verschiedenen Altersjahrgänge exakt auf. Aus den Daten der Wirtschaftsstatistik wird getrennt nach Geschlecht für jeden Jahrgang ein Konto angelegt, auf dem alle Zahlungen an den Staat und alle empfangenen Transfers zusammengerechnet werden. Auf dieser Grundlage lässt sich die Durchschnittsbelastung eines jeden Jahrganges genau ermitteln. Die bislang angewendeten Instrumentarien können dies nicht leisten.

Ziel einer zukunftsgerichteten Politik muss es sein, die Belastungen, die den nachfolgenden Generationen hinterlassen werden, in Grenzen zu halten und ihnen so ein auskömmliches Leben zu ermöglichen. Zur Sicherstellung von mehr Generationengerechtigkeit fordern wir die Bundesregierung auf, regelmäßig eine Generationenbilanz vorzulegen.

## Netzwerk für Generationengerechtigkeit

**Die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, erklärte zur 1. Konferenz der jungen Landtags- und Bundestagsabgeordneten am 6. und 7. Dezember in München:**

Das zentrale Anliegen der Jungen Gruppe – die Generationengerechtigkeit – ist das Oberthema der Konfe-

renz zu der junge Landtagsabgeordnete, junge Europaabgeordnete und die Landesvorsitzenden der Jungen Union eingeladen worden sind. Die derzeitige Regierungspolitik ist durch extreme Kurzsichtigkeit gekennzeichnet. Die mittel- und längerfristigen Auswirkungen politischen Handelns werden vollkommen vernachlässigt.

# Auch die Erwartungen behinderter Menschen wurden enttäuscht

**Anlässlich des Welttages der Behinderten erklärte Generalsekretärin Angela Merkel:**

Behinderte und ihre Familien haben Anspruch auf unsere Solidarität und Unterstützung. Die CDU sieht die Förderung der sozialen und beruflichen Integration behinderter Menschen als eine besondere Verpflichtung an.

Rund 7 Millionen Menschen in Deutschland sind schwerbehindert. Das sind mehr als acht Prozent der Bevölkerung. Dennoch werden immer noch behinderte Menschen in vielen Lebensbereichen benachteiligt, wenn nicht gar diskriminiert und ausgegrenzt.

Behinderte sollen ein selbstbestimmtes Leben führen können und zur selbständigen Lebensführung befähigt und ermutigt werden. Ein Schwerpunkt der Politik der CDU für Behinderte ist deshalb die Weiterentwicklung, Förderung und finanzielle Absicherung von Konzeptionen und Hilfen, die der Normalisierung der gesamten Lebensverhältnisse und -bedingungen dienen. Dabei kommt der Unterstützung und Förderung von ambulanten und familienentlastenden Diensten, offenen Wohnformen, integrativen Angeboten in Bildung, Ausbildung und Freizeit sowie von Selbsthilfeaktivitäten besondere Bedeutung zu.

Sich beruflich zu betätigen, ist für Behinderte eine wesentliche Voraussetzung, um voll am Leben der Gesellschaft teilhaben zu können. Die CDU hat es daher stets als eine besondere Verpflichtung angesehen, die berufliche Integration Behinderter zu fördern. Hierfür hat die frühere Bundesregierung bereits umfangreiche Fördermittel zur Verfügung gestellt – Werkstätten für

Behinderte, Berufsbildungswerke, Berufsförderungswerke, Eingliederungshilfen im Rahmen des Schwerbehindertengesetzes.

Vor der Bundestagswahl 1998 haben SPD und Grüne große Versprechen gemacht und im Koalitionsvertrag zahlreiche Vorhaben im Bereich der Behindertenhilfe angekündigt. Für die behinderten Menschen in Deutschland hat sich aber mehr als ein Jahr nach dem Regierungswechsel nichts verändert. Von den angekündigten Projekten ist keines verwirklicht. Geblieben sind enttäuschte Erwartungen.

Ich fordere SPD und Grüne nachdrücklich auf, sich endlich nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten für die gesellschaftliche und berufliche Eingliederung behinderter Menschen einzusetzen.

## Vorurteile abbauen

Auch wenn in der Behindertenpolitik weiterhin Handlungsbedarf besteht, muss jedoch auch klar sein, dass die soziale Integration von Behinderten mit Gesetzen allein nicht zu schaffen ist. Vorurteile müssen abgebaut, Gedankenlosigkeit muss entgegengewirkt, und Verständigung muss gesucht werden. Die Eingliederung Behinderter in das gemeinschaftliche Leben ist eine ständige Herausforderung an die gesamte Gesellschaft.

Ich wünsche mir, dass der Welttag der Behinderten nicht nur Aufmerksamkeit für das Thema hervorruft, sondern aufrüttelt und zum Nachdenken und Handeln anspornt. Hier sind nicht nur die politischen Entscheidungsträger gefragt. Ich rufe alle dazu auf, ihren Beitrag zu leisten, um die gesellschaftliche Integration behinderter Menschen zu unterstützen.

# Behinderte auch auf dem Arbeitsmarkt besser integrieren

**Zur Gründung des Deutschen Behindertenrates am 3. Dezember erklärten die sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieper-Jastram und die behindertenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Claudia Nolte zum UN-Weltbehindertag:**

Der Weltbehindertentag ist leider für viele ein Tag wie jeder andere, eine kurze Schlagzeile und nicht mehr. Fünf Jahre nach Einführung des Benachteiligungsverbots in Art. 3 des Grundgesetzes ist es immer noch so, dass die tatsächliche gleichberechtigte Teilhabe der behinderten Menschen noch nicht erreicht ist. Diskriminierung und Ausgrenzung sind immer noch an der Tagesordnung.

Das Zusammenfinden von Behindertenverbänden, traditionellen Sozialverbänden und Selbsthilfeorganisationen unter dem Dach des Deutschen Behindertenrates ist deshalb ein wichtiger Schritt, um die Anliegen der Behinderten besser zu vertreten und dazu beizutragen, dass die Situation und die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen unserer Gesellschaft immer stärker bewusst werden.

Trotz vieler sehr vollmundiger Versprechen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen liegen bisher dazu noch keine konkreten Gesetzesentwürfe oder Initiativen vor. Somit bedeutet ein Jahr Rot-Grün auch im Bereich der Behindertenpolitik ein verlorenes Jahr. Die Bundesregierung hat bei allen Betroffenen eine große Erwartungshaltung geweckt, nun ist es langsam an der Zeit, den Worten auch Taten folgen zu lassen.

Ziel einer bedarfsgerechten Behindertenpolitik muss es aus Sicht der CDU/CSU sein, dass Menschen mit Behinderungen

ihr Leben gestalten können, ohne ständig auf Barrieren zu stoßen. Dazu gehört die Weiterentwicklung des Eingliederungs- und Rehabilitationsrechts genauso wie die verstärkte Integration der behinderten Menschen auf dem Arbeitsmarkt.

Es ist an uns allen, ein Miteinander zu schaffen, Vorurteile abzubauen und die behinderten Menschen zu integrieren, damit der Satz „behindert ist man nicht, behindert wird man“ endlich seine Gültigkeit verliert.

## Behinderte Frauen doppelt benachteiligt

**Anlässlich des Internationalen Tages der Behinderten erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:**

Leider stimmt diese Gleichung „Frau und behindert = doppelt diskriminiert“ noch immer, obwohl es sowohl beim Abbau von Benachteiligungen für Behinderte als auch für Frauen deutliche Fortschritte in den letzten Jahren gegeben hat.

Behinderte Frauen haben mit Schwierigkeiten in allen Bereichen zu kämpfen, sei es im Hinblick auf finanzielle und soziale Absicherung, einen geeigneten Arbeitsplatz, Mobilität, behindertengerechte Wohnungen und Wohnformen, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Gewalt, insbesondere sexualisierte Gewalt, Recht auf Mutterschaft u.v.a.m.

Bei der dringend gebotenen Überarbeitung des Schwerbehindertengesetz müssen die Erfahrungen der Behinderten mit einfließen. Das seit drei Jahren im Grundgesetz verankerte Benachteiligungsverbot muss mit Leben gefüllt werden. ■

## Arbeitslosenreport 99

# Für einen Arbeitsplatz werden auch Nachteile in Kauf genommen

**Für eine neue Stelle würden Arbeitslose einer Umfrage zufolge mehr denn je erhebliche Belastungen und Verschlechterungen im Vergleich zu ihrem früheren Job hinnehmen. Die ohnehin hohe „Duldungsbereitschaft“ der Betroffenen sei in den vergangenen fünf Jahren noch deutlich gestiegen, berichteten die Autoren des „Arbeitslosenreports 1999“ am 6. Dezember in Berlin.**

Dies zeige, wie sehr der soziale Druck gewachsen sei, erklärte Siegfried Frister, Projektleiter des Berliner Meinungsforschungsinstituts INFO.

Für den Report befragten INFO und das Sozialwissenschaftliche Forschungszentrum Berlin-Brandenburg im Mai/Juni dieses Jahres 1.127 Arbeitslose und Unterbeschäftigte in Ost und West. Sie widersprachen dem Vorwurf, Arbeitslose neigten dazu, sich in der „sozialen Hängematte“

auszuruhen. 90 Prozent der Befragten strebten danach, schnell wieder Arbeit zu finden, betonte Frister. Die unternommenen Anstrengungen hätten sich im Vergleich zur Untersuchung 1994 noch verstärkt. So habe sich die Zahl der Bewerbungen, die ein Arbeitsloser startet, von durchschnittlich 14 auf 28 verdoppelt.

Die Betroffenen seien „bereit, erhebliche und zum Teil auch tarifpolitisch bedenkliche Kompromisse einzugehen“, sagte Frister. So würden rund 80 Prozent einen weiteren Weg zur Arbeit in Kauf nehmen – vor fünf Jahren waren es im Westen knapp 69 und im Osten 65 Prozent. Auf ungünstigere Arbeitszeiten oder eine uninteressantere Tätigkeit würden sich je 71 Prozent einlassen, 65 Prozent auf eine schlechtere berufliche Position, und 59 Prozent würden sich mit einem geringeren Verdienst als früher zufrieden geben.

## Arbeitslosigkeit im November auf 3,9 Millionen gestiegen

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im November gestiegen. Gegenüber dem Vormonat legte die Zahl um 17.400 auf rund 3,9 Millionen zu und erreichte damit eine bundesweite Quote von zehn Prozent, teilte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, am 7. Dezember in Nürnberg mit. Im Vormonat hatte die Quote noch bei 9,9 Prozent gelegen. **In den alten Ländern** registrierten die

Arbeitsämter Ende November 2,604 Millionen Arbeitslose. Damit waren 141.100 Personen weniger als vor einem Jahr ohne Job, aber 13.000 mehr als vor einem Monat. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im Jahresvergleich von 8,8 auf 8,3 Prozent. **In den neuen Ländern** wurden 1,297 Millionen Arbeitslose gezählt. Das waren 95.800 mehr als vor einem Jahr und 4.400 mehr als vor einem Monat. Die Arbeitslosenquote stieg dort von 15,9 auf 16,9 Prozent.

## Arbeitsmarktpolitik in der Sackgasse

**Zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:**

Der erneute Anstieg der Arbeitslosigkeit beweist, dass sich die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung in der Sackgasse befindet. Nach 14 Monaten Regierungszeit von SPD und Grünen ist jegliche Dynamik bei der Integration von Arbeitslosen zum Erliegen gekommen. Schon alleine aus demografischen Gründen müsste die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr um 200.000 zurückgehen. Seit der Regierungsübernahme ist sie aber gerade einmal um knapp 65.000 gesunken.

Alle großspurigen Erklärungen können über eines nicht hinwegtäuschen: Die Bundesregierung ist von der Einlösung ihres Versprechens, die Ar-

beitslosigkeit abzubauen und die Weichen für mehr Beschäftigung zu stellen, weiter entfernt als je zuvor.

Daran wird eine gut inszenierte Runde beim Bündnis für Arbeit am nächsten Sonntag nichts ändern. Auch die Vorschläge zur Subventionierung von niedrigen Arbeitseinkommen lösen die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht. Wenn man Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte in Lohn und Brot bringen will, muss die Veränderung von Anreizstrukturen in den sozialen Sicherungssystemen und nicht die Subventionierung von Löhnen im unteren Einkommensbereich im Mittelpunkt der Gespräche stehen. Die Absicht, zunächst Modellversuche in einzelnen Regionen zu starten, deutet zudem darauf hin, dass das Problem auf die lange Bank geschoben werden soll.

### Schröders Politiksignale bleiben verheerend

**Michael Luther, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist erneut gestiegen. Binnen eines Jahres hat die Arbeitslosigkeit von 17% auf 18,3% zugenommen. Gerhard Schröders Politiksignale sind und bleiben verheerend für den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland. Trotz der Entlastung des Arbeitsmarktes durch den auf Grund der Altersentwicklung vorgegebenen Rückgang der Arbeitslosenzahlen besteht weiterhin keine Hoffnung auf Besserung.

Deutschland braucht endlich einen Kurswechsel, eine Politik, die den ersten Arbeitsmarkt fördert und dadurch Arbeitsplätze schafft. Gerade in Ostdeutschland müs-

sen klare Prioritäten gesetzt werden: Infrastrukturinvestitionen, Straßen- und Schienenwegeausbau, und Wirtschaftsförderung. Nur so entstehen sichere Arbeitsplätze.

### Stillstand trotz sinkenden Erwerbspersonenpotentials

**Gunnar Uldall, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Die Regierung ist bei der Verbesserung der Beschäftigungslage seit Amtsantritt keinen Schritt voran gekommen. Noch im Frühjahr hatten die Wirtschaftsforschungsinstitute einen Rückgang der Arbeitslosenzahl um 255.000 vorhergesagt. Grund: Das Erwerbspersonenpotenzial nimmt 1999 um 220.000 Personen ab, vor allem weil mehr ältere Arbeitnehmer in Ruhestand gehen als jüngere nachwachsen. ■

www.cducsu.bundestag.de

# Ehrenamtliche Tätigkeit stärker anerkennen

**Zum Internationalen Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember erklärte die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch:**

Anlässlich des „Internationalen Tag des Ehrenamtes“ fordere ich die Bundesregierung auf, die Versprechungen der Koalitionsvereinbarung einzulösen und den schönen Worten endlich Taten folgen zu lassen. Vom „Abbau rechtlicher und institutioneller Hindernisse, die sich der Selbsthilfe und dem sozialen Engagement entgegenstellen“ und von der „Schaffung und Unterstützung zeitgemäßer Zugänge zum sozialen Engagement“ war vor einem guten Jahr die Rede – bei diesen abstrakten Ankündigungen ist es bis heute geblieben. Die Bundesregierung hat bisher nicht erkennen lassen, wie sie ihre Versprechungen einlösen will. Ein Konzept oder ein Programm zum ehrenamtlichen Engagement von Bürgern fehlt.

Dank der von der früheren Bundesregierung geleisteten Vorarbeiten kann die zuständige Bundesministerin Bergmann jetzt immerhin repräsentative Daten zum Ehrenamt in Deutschland vorlegen. Dabei darf es aber nicht bleiben. Rund 12 Millionen ehrenamtlich tätige Menschen in Deutschland warten darauf, dass Bedingungen für ihre Tätigkeit konkret verbessert werden, dass zum Beispiel

- geleistete ehrenamtliche Tätigkeit in Schul- und Berufszeugnisse aufgenommen wird,
- dass ehrenamtliche Tätigkeit bei Berufseinstellungen als Qualifikation gewertet wird,
- dass Möglichkeiten zur Qualifizierung und Weiterbildung von Ehrenamtlichen geschaffen werden,
- dass Richtlinien geschaffen werden, nach denen Ehrenamtlichen entstandene Aufwendungen und Kosten erstattet werden können.

Ehrenamtliches Engagement gehört zu unserer sozialen Kultur. Es ist wichtig, dieses Engagement zu erhalten und seine öffentliche Anerkennung zu fördern. Auf der Ebene der Kommunen, wo ehrenamtliche Tätigkeit vor allem angesiedelt ist, gibt es bereits vielversprechende Ansätze. Was fehlt, sind Vernetzung und übergeordnete Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund ist es besonders bedauerlich, dass die Stiftung „Bürger für Bürger“, die auf diesem Gebiet in den vergangenen zwei Jahren wichtiges aufgebaut hat – von der Datenbank bis zum Referentenpool – gerade am Internationalen Tag des Ehrenamtes und kurz vor Beginn des Internationalen Jahres der Freiwilligenarbeit ihre Auflösung ankündigen muss, weil das zuständige Bundesfamilienministerium die Förderung eingestellt hat.

**Unsere**

**Elektronischen**

**Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

# Ehrenamt geht uns alle an

**Zum Tag des Ehrenamts erklärten der Vorsitzende des Arbeitskreises Ehrenamt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert und die Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquete Kommission Ehrenamt, Ilse Aigner:**

Rund 15 Mio. Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihrer Freizeit für andere, für das Gemeinwohl: freiwillig, unentgeltlich, für die Sache. Sie tun dies oft seit Jahren in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen: in der Kultur, im Sport, im Sozialen, in der Kirche etc. Sie tun es, weil es ihnen Freude macht, ihrem Leben Sinn gibt, wenn sie anderen Menschen helfen und damit Gutes tun, sie ihre eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen und weiterentwickeln können und dies in einer Gemeinschaft und in Zusammenarbeit mit anderen Menschen.

## Keine Ersatzleistung

Dies ist keine idealtypische Glorifizierung der ehrenamtlichen Tätigen oder deren Tätigkeit, sondern die Beschreibung der positiven Motivation, die Grundlage jeglichen ehrenamtlichen Engagements ist. Und ohne dieses Engagements ihrer Bürgerinnen und Bürger ist eine freie, demokratische Gesellschaft nicht denkbar. Dieses Engagement ist keine Ersatzleistung für staatliche Leistungen, sondern Notwendigkeit der von uns allen bejahten Gesellschaftsordnung. Weil dies so ist, gilt den ehrenamtlich Tätigen Dank, Anerkennung und Wertschätzung.

Von einem Rückgang ehrenamtlicher Bereitschaft des einzelnen kann nicht gesprochen werden. Die Bedingungen haben sich

vielfach geändert, im persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld. Dies ist richtig.

Dies mindert aber nicht die Bereitschaft des einzelnen, sich für andere einzusetzen, für die Gesellschaft etwas tun zu wollen. Wir sollten diese veränderten Bedingungen des gesellschaftlichen Umfeldes bei der Wertung dieses Engagements berücksichtigen.

## Dank und Anerkennung

Wer freiwilliges und unentgeltliches Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger erhalten und weiterentwickeln will, der muss das Ehrenamt vor dem Abdriften in ein „billiges Dienstleistungsangebot“ bewahren. Eine ständige Vermischung von bezahlter und unentgeltlicher Tätigkeit schadet langfristig dem uneigennütigen Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger. Wichtig ist, ehrenamtlich Tätige von bürokratischen Regelungen zu entlasten, damit sie ihren Einsatz voll auf ihr eigentliches Ziel konzentrieren können.

Die ehrenamtlich Tätigen verdienen unsere Anerkennung, unseren Dank, vor allem unsere Unterstützung, nicht nur in Festreden und an Festtagen mit wohlgesetzten Worten. Ehrenamt geht uns alle an. Nicht abseits stehen und fordern, sondern mitmachen und helfen, dies ist die wirksamste Unterstützung des Ehrenamtes.

Wir begrüßen die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ durch den Deutschen Bundestag. Aufgabe wird sein, in die Zukunft weisende Vorschläge zu erarbeiten, die zu einer nachhaltigen Verbesserung freiwilligen unentgeltlichen Engagements unserer Bürgerinnen und Bürger führen. ■

# Unser Ziel: das beste Forschungssystem für unser Land

**Nach einer Sitzung des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation der CDU Deutschlands erklärten der Vorsitzende, Prof. Dr. Heribert Offermanns, und der stellv. Vorsitzende sowie Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Bildung und Forschung im Deutschen Bundestag, Thomas Rachel:**

Unser Ziel ist das beste Forschungssystem für unser Land, die effektivste Forschungsförderung und die geeignetsten Strukturen. Wir brauchen Höchstleistungen in Grundlagen- und angewandter Forschung und eine Beschleunigung des Technologietransfers. Der Forschungsstandort Deutschland muss attraktiver werden für in- und ausländische Wissenschaftler, vor allem für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Der Bundesfachausschuss ist dabei, Vorschläge zur Weiterentwicklung der Forschungslandschaft und der Forschungsförderung zu erarbeiten, die im Frühjahr 2000 vorgestellt werden sollen.

## **Dabei gehen wir von folgenden Thesen aus:**

Die Strategie der Bundesregierung, bei Forschung und Innovation im wesentlichen nur auf die Ausweitung (Verdopplungsversprechen) staatlicher Fördermittel zu setzen, ist gescheitert. Für den Bildungs- und Forschungshaushalt sind im Jahr 2000 weniger Mittel vorgesehen als im Haushaltsjahr 1999.

Die Effizienz des Bundes bei der Projektförderung muss verbessert werden und die Kosten für die Projektbegleitung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung müssen auf ähnlich günstige Werte wie bei der Projektbegleitung der

DFG (etwa drei Prozent) gesenkt werden. Wenn den Empfehlungen der internationalen Evaluierungskommission entsprochen wird und die wissenschaftsstrategisch ausgerichteten Programme der DFG ausgeweitet werden, dann könnte im Gegenzug die direkte BMBF-Förderung angemessen zurückgefahren werden. Für die Industrieforschung gilt an erster Stelle: sie braucht günstige Rahmenbedingungen und indirekte Anreize.

Die Qualität unseres Forschungssystems beruht zu einem ganz wesentlichen Teil auf der Vielfalt und dem Wettbewerb unserer Forschungslandschaft mit Max-Planck-, Fraunhofer-, Leibniz-, Helmholtz-Einrichtungen und vor allem auch den Universitäten.

Die bisher vorliegenden Systemevaluatoren haben die Vielgliedrigkeit im Grundsatz bestätigt. Ziel kann deshalb nicht die prinzipielle Änderung der Forschungslandschaft an sich sein. Ziel ist die Weiterentwicklung der Einrichtungen unter dem Leitgedanken Centers of Excellence:

Die Systemevaluatorien sind mit Nachdruck voranzutreiben. In jedem Fall gilt: Erst prüfen, dann entscheiden! Deshalb fordern wir, vor weitreichenden Entscheidungen, wie sie offensichtlich im Bundesministerium für Bildung und Forschung z.B. für die Helmholtz-Gemeinschaft geplant sind, unbedingt das Gutachten des Wissenschaftsrates zur Systemevaluierung abzuwarten. Unsere Forschungseinrichtungen sind zu wertvoll für die schon berechtigten Nachbesserungsexperimente von Rot-Grün.

Umstrukturierungen, bessere Verzahnungen und eventuell auch Institutsschließungen oder Verkleinerungen sind im Einzelfall

angebracht. Diese müssen sich strikt nach Evaluationsergebnissen richten.

Wissenschaft und Forschung müssen eingebunden werden. Es ist nicht nur schlechter Stil, sondern führt zu überflüssiger Verunsicherung, wenn Betroffene Entscheidungen quasi zeitgleich mit der Presse erfahren, wie jüngst bei der Überführung der GMD in die FhG geschehen.

Am Prozess der Globalisierung muss auch die deutsche Forschung teilnehmen. Für die Max-Planck-Gesellschaft heißt dies, herausragende Wissenschaftler aus dem Ausland anzuziehen. Für die Fraunhofer-Gesellschaft gilt es in erster Linie, das Fraunhofer-Modell im Ausland bekannt zu machen und dort Institute zu gründen. Vorrangig ist ihre Präsenz in Regionen, in denen sich auch die deutsche Industrie bewegt.

### **Freiraum und Bewegung**

Das unter der CDU-geführten Bundesregierung 1998 in Kraft gesetzt Hochschulrahmengesetz gibt den Hochschulen mehr Freiraum und bringt Bewegung in die Universitätslandschaft. Es gibt viele Anzeichen, dass Autonomie, Globalhaushalt, Dezentralisierung und Eigenverantwortung zu greifen beginnen. Die Entscheidungsspielräume der Universitäten weiten

sich aus. Dennoch gibt es weiteren Handlungsbedarf: Wer Spitzenforschung und Nachwuchsförderung will, der kommt an einer Modifizierung des Dienstrechts im Wissenschaftsbereich nicht vorbei. Die Devise heißt Flexibilität und mehr Anreize für Spitzenleistungen.

### **Die Leistungselite fördern**

Eliten verleihen der Gesellschaft ihren Schwung. Deshalb wollen wir gerade die junge Leistungselite an den Universitäten fördern. Ausschlaggebend darf dabei nicht das Geld der Eltern sein, sondern Wissbegierde, Leistungsbereitschaft und Kreativität. Dies muss durch Stipendien etc. sichergestellt werden.

Unser Land braucht wissenschaftlichen Nachwuchs in allen Bereichen. Der Rückgang der Studentenzahlen in den Natur- und Ingenieurwissenschaften bereitet uns Sorge. Public Understanding of Science als Voraussetzung für die Akzeptanz von Fortschritt ist notwendig. Schule, Medien, Politik und Wissenschaft sind gleichermaßen in der Verantwortung. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Initiative „push – Public Understanding of Science and the Humanities“ des Stifterverbandes und der Wissenschaftsorganisationen.

## **Gericht stoppt Verkauf von 115.000 Eisenbahner-Wohnungen**

Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat den geplanten Verkauf der rund 115.000 Eisenbahner-Wohnungen in Deutschland vorläufig gestoppt. In ihrer am 3. Dezember ergangenen Entscheidung gaben die Richter damit Dem Antrag des Hauptpersonalrates statt. Zur Begründung hieß es, ein Ver-

kauf der Wohnungen komme der „Auflösung einer betrieblichen Sozial-einrichtung“ gleich. Dies sei mit den Bestimmungen des Eisenbahn-Neuordnungsgesetzes von 1993 nicht vereinbar. Damit muss der Bund weiter auf die geplanten Milliardenennahmen verzichten.

# Union setzt Verbesserungen beim Opferschutz durch

**Zur abschließenden Beratung im Bundestag am 6. Dezember zum Täter-Opfer-Ausgleich und zum Fernmeldeanlagenengesetz erklärten der rechtspolitische Sprecher und die Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis, Wolfgang Götzer und Volker Kauder:**

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zum Täter-Opfer-Ausgleich zu, da es uns gelungen ist, entscheidende Verbesserungen im Interesse des Opferschutzes durchzusetzen. Nunmehr ist es nicht mehr möglich – wie zuvor von der Koalition geplant – auch gegen den Willen des Opfers zu Gunsten des Täters einen Täter-Opfer-Ausgleich durchzuführen.

Darüber hinaus drohte eine wichtige Vorschrift zum Schutz vor beleidigenden, belästigenden und bedrohenden anonymen Telefonanrufen zum Jahresende auszulaufen. Die Regierung hat das Anliegen unseres Gesetzentwurfs, die Geltungsdauer der Vorschriften zur Telefon Auskunft über den 31. Dezember 1999 hinaus zu verlängern, aufgegriffen und einer Regelung bis zum Ende 2001 zugestimmt.

## Der Regierungsentwurf brachte keine Verbesserung

Der Täter-Opfer-Ausgleich ist, richtig praktiziert, eine gute Sache. Der ursprüngliche Regierungsentwurf brachte aber – abgesehen von einigen rechtstechnischen Änderungen – keine entscheidenden Verbesserungen. Er stellt sogar die Täterinteressen an einer Abmilderung der Strafe in den Vordergrund. Es war geplant, dass

Staatsanwaltschaft und Gericht möglicherweise auch gegen den Willen des Opfers auf einen Ausgleich zwischen Täter und Opfer hinwirken sollten. Zudem hätte der Täter gegebenenfalls durch bloßes, erfolgloses Bemühen auch ohne Zustimmung des Opfers in den Genuss der Strafmilderung gelangen können. Solche Regelungen sind grundfalsch.

Sie widersprechen eindeutig dem Opferschutz. Deshalb hatten wir im Rechtsausschuss verschiedene Änderungsanträge gestellt. Durch die jetzt getroffene Regelung darf ein Täter-Opfer-Ausgleich gegen den Willen des Opfers nicht durchgeführt werden; ein bloßes „Bemühen“ des Täters gegen die Zustimmung des Opfers läuft leer.

## Auskunft über bedrohende Telefonate unverzichtbar

Des Weiteren drohte eine wichtige Vorschrift zum Schutz vor beleidigenden, belästigenden und bedrohenden anonymen Telefonanrufen zum Jahresende auszulaufen. Nach dieser Vorschrift im Fernmeldeanlagenengesetz kann insbesondere der Richter Auskunft darüber verlangen, wer wann mit wem telefoniert hat. Sie ist für den Opferschutz unverzichtbar. Deshalb musste die Befristung aufgehoben oder die Geltungsdauer der Vorschrift wenigstens verlängert werden. Diesem Anliegen unseres Gesetzentwurfs hat die Koalition durch eine Verlängerung um vorerst 2 Jahre zugestimmt.

Damit haben wir erfolgreich wichtige Verbesserungen beim Opferschutz, der diesen Namen auch verdient, durchgesetzt. ■

# Pöttering fordert umfassende Reform der Europäischen Union

**Für eine umfassende und zügige Reform der Europäischen Union hat sich der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, in der Plenumsdebatte zur Vorbereitung des EU-Gipfeltreffens in Helsinki ausgesprochen.**

Wörtlich sagte Pöttering: „Wir werden der Erweiterung der Europäischen Union nur dann zustimmen können, wenn nicht die Gefahr besteht, dass die Erweiterung zu einer Verwässerung der Union führt. Die Union darf nicht zu einer rein wirtschaftlichen und finanziellen Veranstaltung degradiert werden. Deswegen brauchen wir eine umfassende Reform der Union und die gleichberechtigte Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Regierungskonferenz“.

Als Kernelemente der Reform nannte Pöttering die Ausweitung der Mehrheitsentscheidung im Ministerrat und der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments sowie die Einführung der Rechtsfähigkeit der Union. Die EU könne derzeit beispielsweise noch nicht Mitglied von internationalen Organisationen werden.

Pöttering begrüßte die Initiative zum Ausbau der europäischen Verteidigungspolitik, warnte aber davor, dass diese nur dann funktionieren könne, wenn dies mit praktischen Maßnahmen im Bereich des Transports, der Logistik und der Kommunikation verbunden werde. Dies sei bei einer Reduzierung der nationalen Verteidigungshaushalte jedoch kaum noch möglich. „Wir müssen die europäische Verteidigungspolitik mit Substanz erfüllen und zu gleichberechtigten Partnern der Vereinigten Staaten auch in diesem Bereich werden“.

Im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung betonte Pöttering die Notwendigkeit einer schnellen Aufnahme der drei baltischen Staaten. Die europäische Integration sei für diese Staaten eine Frage der Sicherheit. Dies sei um so dringender angesichts der Besorgnis, die das Verhalten Rußlands in Tschetschenien auslöst.

Im Hinblick auf die Türkei erklärte der EVP-Fraktionschef, dass die Mehrheit seiner Fraktion die Ansicht vertrete, dass ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union dieser eine andere wirtschaftliche, politische und kulturelle Qualität geben würde.

## Historische Rolle des Papstes bei der Überwindung des Kommunismus

Während einer Audienz bei Papst Johannes Paul II hat der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, dem Papst den Dank der Christdemokraten für sei-

ne historische Rolle bei der Überwindung des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa ausgesprochen. Die Christdemokraten sähen es als ihre hervorragende Aufgabe an, die Einheit Europas als Friedensgemeinschaft im nächsten Jahrhundert weiter zu entwickeln.

www.uedd.de

## Rot-Grün zehrt von unseren Leistungen

**Anlässlich der Vorstellung des Waldzustandsberichtes seitens der Bundesregierung erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:**

Jahrelang hat Rot-Grün die Erfolge von CDU/CSU zur Verbesserung des Zustandes unseres Waldes verniedlicht und polemisch kommentiert. Jetzt verkündet Staatssekretär Thalheim gegenüber der Presse, dass sich seit 1991 eine allmähliche Verbesserung des Waldzustandes feststellen lässt. Wie Recht hat er. Er sollte aber nicht vergessen, dass dieser Erfolg einzig und allein der konsequenten Luftreinhaltepolitik der alten Bundesregierung zu verdanken ist. Die von CDU/CSU eingeleiteten Maßnahmen müssen konsequent

weitergeführt werden. Darüber hinaus gilt es jetzt neue Impulse zu setzen.

Rot-Grün muss aber auch bewusst werden, dass ein gesunder Wald eine wirtschaftlich lebensfähige Forstwirtschaft benötigt. Nur diese kann die für die Gesundheit des Waldes so wichtige Waldpflege betreiben. Dies scheint aber Rot-Grün nicht bewusst zu sein, denn ebenso wie bei der Landwirtschaft hat die Schröder-Regierung die Rahmenbedingungen für die Forstwirtschaft innerhalb eines Jahres dramatisch verschlechtert. Kommt es hier nicht zu einer unverzüglichen Kehrwende in der Forstpolitik, sind viele forstwirtschaftliche Betriebe in ihrer Existenz gefährdet. Dies kann nur negative Folgen für die Schutz- und Nutzfunktion unseres Waldes haben.

www.cducsu.bundestag.de

## Integrationsinitiative

**Der Gesprächskreis „Türken in Deutschland“, eine Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung zur bundesweiten Koordination und Förderung bestehender Integrationsobjekte, hat sich Ende November am Beispiel von Hamburg über den Stand der Integration der hier lebenden Türken informiert.**

Auf dem Programm der Teilnehmer, die von der Hamburger CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Bettina Machaczek betreut wurden, standen dabei der Besuch einer Moschee, eine Diskussion mit der Leiterin des Türkeiprojektes der Körber-Stiftung sowie ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der

Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion Ole von Beust.

Ole von Beust betonte, dass den Großstädten in Fragen der Integration von Ausländern eine Vorreiterrolle zukomme. Denn hier lebten Deutsche und Ausländer eng zusammen und hier stünden deshalb die Chancen besonders gut, dass beide Seiten sich verstehen.

Damit dies gelingt, ist eine Vernetzung der Integrationsarbeit aktiver CDU-Mitglieder unerlässlich. So kann der Austausch gegenseitiger Erfahrungen ermöglicht werden. Mit dem Besuch des Gesprächskreises „Türken in Deutschland“ in Hamburg konnten diese Netze eng geknüpft werden.

# Bundesvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung

gewählt am: 26. November in Berlin



## Vorsitzender:

Peter Götz MdB (Baden-Württemberg)

## stellv. Vorsitzende:

Heike Doreen Ehling (Brandenburg) · Jochen-Konrad Fromme MdB (Niedersachsen) · Heribert Gisch (Saarland) · Hans Peter Lindlar MdL (Nordrhein-Westfalen) · Carola Stauche (Thüringen) · Christean Wagner MdL (Hessen)

## Schatzmeister:

Heinrich Niehaves (NRW)

## Beisitzer:

Alois Braun, Bayern · Vera Butalikakis, Berlin · Erika Cebulla, Nordrhein-Westfalen · Harry Glawe MdL,

Mecklenburg-Vorpommern · Werner Große, Brandenburg · Roland Hahlang, Sachsen-Anhalt · Heiderose Karl, Baden-Württemberg · Heinrich-Otto Leopold, Hamburg · Rainer Neumer, Sachsen · Günter Niederbremer, Bremen · Detlef Nonnen, Sachsen · Gabriele Pauli, Bayern · Margarete Pertz, Niedersachsen · Lucia Puttrich, Hessen · Alfons Poggemann, Nordrhein-Westfalen · Peter Schowtka, MdL, Sachsen · Joachim Schempf, Baden-Württemberg · Manfred Seefeldt, Rheinland-Pfalz · Georg-Günther Thürnau, Niedersachsen · Gert Willner, Schleswig Holstein

## Neuer Hauptgeschäftsführer:

Tim-Rainer Bornholt

## Geh ins Internet!

Die Zeitschrift „Tomorrow“ hat zu einem Wettbewerb aufgerufen: Welche Site ist die beste im Netz?

Im zurückliegenden Wahlkampf in Berlin haben alle Medien, Parteienforscher usw. den frischen Wahlkampf der Hauptstadt-Union gelobt. Vor allem die „Diepjen-rennt“-Kampagne und der Internet-Auftritt der Berliner CDU sind gut angelaufen.

Wenn Ihnen die Site [www.diepjen.de](http://www.diepjen.de) oder eine andere Homepage aus den Reihen der CDU auch gefallen hat, können Sie die Tomorrow-Seite anklicken (<http://www.tomorrow.de/wahl/index.html>) und damit votieren.

Bitte geben Sie Hinweise auf diesen Wettbewerb an Parteifreunde weiter. Schlusstag der Aktion: **15. Dezember.**

## Auf sicherem Fundament

lautet der Titel einer Festschrift für den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel: keine Biographie; aber trotzdem verrät das



Buch sehr viel über den Menschen und Politiker, über seine Ziele, über das was ihn geprägt hat, und das, was ihn antreibt.

Der Theologe Hans Küng, der schwäbische Unter-

nehmer Berthold Leibinger und Werner Spies, Direktor des Musée

national d'art moderne et Centre de création industrielle im Centre Georges Pompidou in Paris, haben in diesem Buch Beiträge von Freunden, Weggefährten, aber auch von politischen Gegnern Erwin Teufels zusammengetragen, die Eindrücke und Begegnungen mit Erwin Teufel schildern oder zu Themen Stellung nehmen, die ihm besonders am Herzen liegen.

**Hans Küng, Berthold Leibinger, Werner Spies:  
Auf sicherem Fundament.  
Festschrift für Erwin Teufel**

496 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag: 48 DM, Stuttgart 1999

## Freiheit oder Gleichheit

Die Antwort auf diese Frage gibt eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung über „Ansichten über zentrale Werte in Ostdeutschland“.

Entgegen gängigen Stereotypen über die politischen Wertorientierungen der Ostdeutschen, nach dem sie Gleichheitswerte für wichtiger halten als Freiheitswerte, zeigt die Studie: beide Prinzipien „Selbstverantwortung/Freiheit“ und „Staatliche soziale Absicherung/Gleichheit“ finden in den neuen Ländern mehrheitlich Unterstützung. Sie werden nicht als prinzipiell widerstreitende politische Zielvorstellungen gesehen. Es zeigt sich aber auch, dass Gleichheits-

rechte, die für das Funktionieren einer Demokratie unerlässlich sind, wie Rechts- und Chancengleichheit, für die Ostdeutschen einen sehr hohen Stellenwert haben, während Gleichheitsrechte, die auf soziale und materielle Nivellierung hinauslaufen, eine deutlich geringere Priorität besitzen.

Die Umfrage, die der Studie zugrunde liegt, wurde vom 5. bis 13. Juli in Ostdeutschland einschließlich Ost-Berlin vom Meinungsforschungsinstitut Infratest-dimap durchgeführt.

**Der Text der Studie ist  
im Internet eingestellt:  
[www.kas.de](http://www.kas.de)**

● **Das bleibt haften!**  
**CDU-Haftnotizblock**

Damit jede Notiz und jedes Info auch „haften“ bleibt, gibt es jetzt unseren „CDU-Haftnotizblock“.

**Bestell-Nr.: 9633**

**Preis: 100 Stück 59,- DM**



● **Da isser wieder!!!**  
**CDU-Eiskratzer wieder im Angebot**

Auf vielfachen Wunsch gibt es den aus vergangenen Jahren bekannten Eiskratzer in Trapezform wieder in unserem Versandzentrum:

Der Erfolg dieses in Deutschland hergestellten Trapez-Eiskratzers basiert auf seiner besonderen Form, durch die der Druck optimal direkt auf die Scheibe weitergegeben wird.



**Aktionstip!**

Verteilen Sie jetzt auf Betriebs- Supermarktparkplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer – zusammen mit dem neuesten Info-Material. Das nützliche und sehr begehrte Werbematerial hinterläßt bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck!

**Bestell-Nr.: 9890**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 89,00 DM

**Bestellschrift per Post:**

IS-Versandzentrum

Postfach 1465

59306 Ennigerloh

**Fax:** 02524/911310

**E-Mail:** [cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de)

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 11 90  
53348 RHEINBACH  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.



**Frohe  
Weihnachten  
und ein  
gutes  
Jahr 2000**



Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

**UiD**

**39/1999**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profflich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 60,- DM. **Einzelpreis** 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf. **InfoNet:** www.cdu.de/infonet - **Internet:** www.cdu.de - **e-mail:** post@cdu.de